

Nicht jede Opposition gegen falsche staatliche Politik ist zu begrüßen

Erneut gab es auf dem Ratschlag einen Versuch, die Anwendung der klaren Beschlusslage zu verhindern, die Attac Deutschland zur Abgrenzung von rechten Ideologien hat. Diese besagt im Kern, dass wir mit Anhänger*innen von (neo-)faschistischen, rassistischen, antisemitischen, sexistischen und verwandten Positionen unter keinen Umständen zusammenarbeiten, dass sie bei uns nicht Mitglied sein oder mitarbeiten dürfen und dass wir sie aus unseren Veranstaltungen entfernen. Wie schon beim Herbstratschlag 2021 bestätigte auch dieses mal wieder die übergroße Mehrheit der Anwesenden diese Beschlusslage und bestand darauf, dass sie auch praktisch angewandt und nicht nur als Deklamation vor sich hergetragen werden muss.

Was darüber zu kurz kam, war eine politische Debatte darüber, welche inhaltlichen Differenzen im Hintergrund dafür sorgen, dass diese Fragen immer wieder so virulent werden. Grundsätzlich begleitet das Thema Attac schon von der Gründung an. Mehrere Stellungnahmen zur Abgrenzung nach rechtsaußen beziehen sich auf Vorfälle, bei denen Rechte versucht hatten, ihre Positionen im Rahmen von Attac zu propagieren (siehe dazu zum Beispiel das Diskussionspapier aus dem Kokreis „Die Grenzen der Offenheit“ von 2002 https://www.werner-raetz.de/fileadmin/user_upload/Autor/attac/Grenzen_der_Offenheit_2002.pdf oder den Beschluss des Ratschlags von Gladbeck 2007 https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/Protokolle/2007_Protokoll_Herbstratschlag_Gladbeck.pdf –S. 36f).

Angesichts des engen Bezugs auf die Nation und den Nationalstaat kann es nicht verwundern, dass Rechte die Globalisierung scharf ablehnen. Zwar galt unsere Kritik an der Globalisierung nie ihrem internationalen, sondern nimmer ihrem neoliberalen und kapitalistischen Charakter, aber nicht immer und überall wurde das scharf getrennt. Schon das Papier von 2002 bezog sich darauf, dass die Emotionen und Abwehrreaktionen gegen die neoliberale Globalisierung höchst ambivalent sind und rechte Rattenfänger nach Ansatzpunkten suchen, wo sie mit ihren Positionen andocken und Angst und Emotionen für ihre Zwecke mobilisieren können. Demgegenüber betonte die damalige Stellungnahme den emanzipatorischen Charakter unserer Globalisierungskritik.

In den 20 Jahren danach hat sich vieles weiterentwickelt. Besonders nach der Finanz-, Banken und Weltwirtschaftskrise von 2008 wurde die neoliberale Globalisierung breiten Bevölkerungskreisen obsolet und gleichzeitig im Krisenmanagement der Herrschenden immer autoritärer aufrechterhalten. Spontan-unpolitische, rechts-konservativ-rückwärtsgewandte und links-emanzipatorische Kritiken mischten sich.

Das wurde durch zwei besondere Momente erleichtert. Zum einen begannen auch manche Linke zu glauben, dass im Nationalstaat bestimmte Regulierungen leichter und besser zu haben seien als im globalen Rahmen oder in der EU. Zum anderen schien der aufbrechende breitere Widerspruch zum neoliberalen Herrschaftsprojekt Anknüpfungspunkte für die Linke zu bieten. Sie glaubten, das oben beschriebene Verhalten von Rechten sozusagen umzudrehen und in deren Gefilden wildern zu können.

Damit ergibt sich eine schwierige Gemengelage. Unterschiedliche Vorstellungen davon, wie notwendige Regulierungen sozialer, ökologischer, ökonomischer und weiterer Fragen möglich werden können, sind in der Linken normal und oft auch hilfreich, um zu klugen Entscheidungen zu kommen. Aber die Debatten darüber können hart sein und die Positionen unvereinbar werden. Ein Themenbereich, in dem das sehr deutlich wird, ist das Verhältnis zu EU und Euro. Schon in den letzten Jahren der Krisenarbeit und dann erst recht auf dem Europa-Kongress prallten die Meinungen in Attac unversöhnlich aufeinander. Dennoch hat niemand das als ein Problem roter Linien nach rechtsaußen verstanden oder beschrieben.

Anders ist das bei zwei weiteren Themen, die zuletzt immer aktueller wurden, dem Umgang mit den Corona-Maßnahmen und mit der globalen geostrategischen Lage.

An der staatlichen Corona-Politik gibt es viel zu kritisieren und Attac hat das auch umfassend getan. Aber unsere Kritik zielte immer darauf, den Schutz der Bevölkerung allgemein und besonders gefährdeter Gruppen und Personen im Besonderen zu gewährleisten und zu verbessern. Das ist genau das Gegenteil von dem, was andere in dem Zusammenhang betreiben. Mit der Leugnung der Gefährlichkeit oder gar der Existenz des Virus verbinden sich extrem egoistische, unsolidarische oder esoterisch-verschwörungsideologische Positionen, die eindeutig unter das Verdikt etwa des Gladbecker Ratschlags fallen. Genau so hat es auch der Herbstratschlag 2021 festgestellt. Hier kann es keine Zusammenarbeit geben. Nicht jede Opposition gegen falsche staatliche Politik ist aus linker, emanzipatorischer Sicht zu begrüßen und für uns anschlussfähig und die Coronaleugner*innen ist es nicht.

Dasselbe gilt für eine bestimmte Sicht auf die globale Sicherheitsarchitektur. Schon bei den Montagsmahnwachen hatten Teile der Friedensbewegung verkannt, dass mit der so genannten „neuen Friedensbewegung“ eine Strömung entstanden war, die bewusst und offen rechte, nationalistische, verschwörungsideologische Muster bediente. Das setzt sich im aktuellen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine fort. Es gibt keine Rechtfertigung für das imperiale Agieren des Putin-Regimes und nur, weil eine russische „kommunistische“ Partei sich positiv darauf bezieht, ist Russland noch lange kein kleiner Rest der Sowjetunion, den Linke verteidigen oder auch nur verständnisvoll entschuldigen müssten.

Nicht alle, die versuchen, mit Corona-Leugner*innen und Putin-Entschuldiger*innen gemeinsam zu agieren, sind selbst Rechte oder stramme Nationalist*innen. Aber die von ihnen Umworbenen sind es und das muss für Attac ein No-go sein!